

Soziale Eingriffe der Behörden sollen den Alltag menschlicher machen, aber oft wirken sie zerstörend auf die bestehende Lebenswelt

Die kalte Hand der Sozialpolitik

Von Gerd Held

Die öffentliche Diskussion im Angesicht der Finanzkrise ist merkwürdig arm geworden. Sie scheint nur noch die Alternative „Markt oder Staat“ zu kennen. Reflexhaft folgt auf die Klage über die „Unmenschlichkeit“ der Märkte die Forderung nach einer sozialpolitischen Intervention des Staates. Dabei wird unterstellt, diese Intervention würde das Leben menschlicher machen. Doch eigentlich gibt es schon seit längerem den Verdacht, dass die Mittel des Staates die Lücke nicht füllen können, die funktionierende Märkte immer mit sich bringen. Gerade dort, wo diese Mittel im großen Maßstab eingesetzt wurden, enttäuschten die Ergebnisse. Hat die Sozialpolitik dem Gefühl der Menschen, nur Spielball äußerer Umstände zu sein, wirklich etwas grundsätzlich Anderes entgegensetzen? Die sozialpolitische Hand saniert, hebt die Standards, vergrößert die Personal- und Sachmittel, verteilt Chipkarten und Informationsbroschüren, aber sie bleibt eine fremde Hand, die eine wirkliche Heimat nicht schaffen kann: eine dauerhafte Zugehörigkeit, vertraute Gesichter, einen festen Ort. Die Norm der Gleichheit, auf die der Sozialstaat aus guten Gründen gebaut ist, kann allgemeine Lebensumstände heben, aber keine persönliche Lebenswelt bilden. Gleichheit schafft keine Heimat. Oft wirken die Eingriffe sogar zerstörerisch, weil sie einen entscheidenden Vorzug der Lebenswelt auflösen – den Vorzug, dass man ihr ohne große Vorbedingungen und Antragsformulare zugehören kann.

Ein aktuelles Beispiel mag das illustrieren. Seit dem 1. Januar ist in Berlin eine Vorschrift in Kraft, die alle Tagesmütter betrifft. Ihnen wurde in einem Brief vom Senat mitgeteilt, dass sie künftig als „Le-

bensmittelabgabeunternehmerinnen“ gelten und sich einer Hygieneordnung unterwerfen müssen, wie sie für die Arbeitsweise von Großküchen und ähnliche Betrieben entwickelt wurde. Minutiöse Vorschriften und umfangreiche Dokumentationspflichten sollen in die Wohnungen Einzug halten, in denen Tagesmütter Kinder betreuen. So sollen sie künftig Datums-Etiketten aller Lebensmittel 6 Monate lang aufbewahren (die Einkaufsquittung reicht nicht). Verwenden sie frische Eier, müssen sie „Rückstellproben“ für eine mögliche behördliche Nachkontrolle aufbewahren. Tägliche Temperaturmessungen im Kühlschrank sind Pflicht und müssen dokumentiert werden. Es müssen zwei getrennte Becken für das Händewaschen und die Lebensmittelreinigung vorhanden sein. Sogar von einer Fliegengitterpflicht an Fenstern ist die Rede. Mit einem Wort: Die Tagesmütter werden unter Normenstress gesetzt.

Nun wird mancher sagen, dass es hier um die Gesundheit unserer Kinder geht und dafür die Schutznormen gar nicht hoch genug sein können. Und doch steht hier etwas noch Wichtigeres auf dem Spiel. Die Schutznormen führen dazu, dass der ungezwungene, familiennahe Rahmen, der die Tagesmütter zum Erfolgsmodell gemacht haben, gesprengt werden. So wird – im Namen hoher sozialer Standards – ein Baustein aus der Lebenswelt junger Familien herausgebrochen. Ein Baustein, der gerade erst neu erfunden wurde und es möglich machte, dass kleine Kinder in unseren heutigen Berufswelten und Großstädten behütet aufwachsen und ein Stück Heimat finden. Die Einrichtung der Tagesmütter hat einen merkwürdigen Zwischenstatus: Sie ist weder vollständig pro-

fessionalisiert, noch ist sie einfach „Familie“. Sie begründet eine neue Form sozialer Zugehörigkeit. Eine Vertrauensbeziehung entsteht, die über einen Vertrag eröffnet wird. Hier verbinden sich also zwei Vorzüge: Es gibt einen Erfahrungsschatz und eine feste Zuwendungszeit, die heutige Kleinfamilien oft nicht bieten können. Es gibt aber auch eine häusliche Wärme und persönliche Vertrautheit, die die Krippen und Kindergärten als durchnormierte Einrichtungen nicht liefern können. So bilden die Tagesmütter eine Erweiterung der Lebenswelt, ohne sogleich dem Normenstress des Sozialsystems unterworfen zu sein. Das gilt auch für die Leistungen und Kosten. Sie können nicht die Standards der Krippen erfüllen, aber sie müssen auch nicht so teuer sein.

Deshalb ist die neue Hygienevorschrift so schädlich. Sie ist nicht nur ein lästiger Auswuchs der Bürokratie, sondern eine Grenzverletzung. Mit dieser Vorschrift wird mit der Logik der Sozialsysteme ein Stück Lebenswelt besetzt – und zwar dort, wo die Lebenswelt sich gerade selber weiterentwickelte. Es macht die Sache nicht besser, dass die Berliner Vorschrift auf eine EU-Richtlinie zurückgeht, die vom zuständigen Bundesministerium ausdrücklich als bindend für alle Tagesmütter in Deutschland erklärt wurde. Vielmehr zeigt der Vorgang, von welchen Kommandohöhen in Europa die Definitionsmacht über „das Soziale“ beansprucht wird und wie wenig hier das Lebensweltliche überhaupt als eigene Größe zählt.

Der Konflikt um die Tagesmütter ist nur ein Detail. Aber er zeigt exemplarisch, wie schief die gegenwärtige Sozial-Diskussion ist. Wo es nur um die Alternative „Markt oder Staat“ geht, bleibt Entscheidendes auf

der Strecke. Wir können uns nicht darauf verlassen, dass der Staat alle Lücken des Marktes füllt und den Menschen einen festen Platz in der Welt, ein echtes Zuhause, verschafft. Wir müssen auf eine ganz andere Errungenschaft setzen, die Lebenswelt. Dabei gilt heute, dass die Lebenswelt weniger als zu früheren Zeiten einfach durch die Familie ausgefüllt wird – so wichtig die Familie ist und bleibt. Wie das Erfolgsmodell der Tagesmütter exemplarisch zeigt, braucht eine moderne Lebenswelt mehr Elemente, um Geborgenheit und menschliche Wärme zu gewährleisten. Was Markt und Staat nicht leisten können, kann daher nicht einfach an die Familien zurückverwiesen werden. Da hilft auch kein Betreuungsgeld oder -urlaub. Die Lebenswelt muss vielfältige Bausteine entwickeln und dabei vor dem Normenstress des Sozialstaates geschützt werden. Das gilt für die Kinder, für den Lebensabend, aber auch für das gesamte Erwachsenenalter: Für die Wohnungsrenovierung, die Lösung von Computer-Problemen, die Autobasterei oder Gartenpflege, die Lesehilfe oder den Second-Hand-Kauf. Überall braucht man gut erreichbare Nachbarn, Bekannte und Freunde. Hingegen führen Versicherungspflichten, Förderanträge oder Mindestlöhne hier schnell zur Überlastung.

Der Schutz und die Weiterentwicklung der Lebenswelt ist angesichts der Unsicherheiten, die die nächsten Jahrzehnte ganz unvermeidlich prägen werden, vielleicht die wichtigste soziale Frage. Der Zusammenhalt der Menschen braucht feste Orte. In weltweiten Netzen umher zu schweifen, ist heute leicht. Aber man muss auch einmal irgendwo wirklich ankommen. Davon sind die globalen Protestgruppen unserer Zeit denkbar weit entfernt.

(Manuskript vom 3.1.2012, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung DIE WELT am 6.1.2012)